

# **First Things First, das Programm der Jungen Liberalen zur Bundestagswahl 2025**

## **Kapitel 4, ein Land, das seine Werte verteidigt.**

Wir junge Liberale wollen in Sicherheit und Frieden und natürlich auch in Freiheit leben. Der barbarische russische Angriffskrieg auf die Ukraine aber hat uns mit einer alten Wahrheit konfrontiert: Wer Frieden will, der muss auf Krieg vorbereitet sein, der muss auch abschrecken können. Und deshalb wollen wir die Ukraine, denn sie ist unser Werte-Partner als Demokratie hier in Europa, in ihrem Freiheitskampf beispiellos unterstützen. Auch unsere Freiheit wird in der Ukraine verteidigt, denn es geht hier um die Sicherheits- und Friedensordnung in ganz Europa. Wenn Schurken wie Putin mit barbarischen Angriffskriegen durchkommen, dann werden sie das Ganze auch wiederholen. Deutschland muss deshalb auch kriegstüchtiger werden.

Die Bundeswehr braucht mehr finanzielle Mittel, eine bessere Ausstattung und eine schlagkräftige Reserve und vor allem auch eine resiliente Rüstungsindustrie als Partner. Nur so gelingt uns die Abschreckung als Deutschland und als NATO, um die Sicherheits- und Friedensordnung in Europa zu sichern.

### **Wir brauchen eine konsequente Umsetzung und Weiterentwicklung der Zeitenwende.**

- Dazu braucht es einen Verteidigungshaushalt in Höhe von 3% oder mehr des Bruttoinlandsproduktes. Schon jetzt wird in der NATO diskutiert, dass man bald eine Erhöhung auf 3 oder 3,5% braucht. Der Konflikt ist vor unserer Tür. Uns fehlt die Zeit. Wir müssen jetzt Engagement zeigen. Und Deutschland sollte hier mit gutem Vorbild vorangehen.

### **Wir brauchen auch die Stationierung von amerikanischen Mittelstreckenraketen in Deutschland.**

- Von Linksextremisten wird oft behauptet, dass das Deutschland als Ziel besonders gefährdet. Die Wirklichkeit ist aber eine andere, denn unsere Sicherheit wird kollektiv durch die NATO garantiert. Das ist schon seit Jahrzehnten der Fall. Und wir haben uns schon vor Jahrzehnten für dieses Verteidigungsbündnis zu Recht entschieden.
- Durch die Stationierung von US-Mittelstreckenraketen wird aber diese kollektive Sicherheit gestärkt, denn wir sind Teil eines umfassenden Verteidigungsansatzes.
- Die Präsenz dieser Raketen ist ein deutliches Signal an alle potenziellen Aggressoren. Und deswegen stärkt sie unsere Verteidigungsfähigkeit.

### **Wir müssen auch die NATO-Truppen an Ost- und Nordflanke aufstocken.**

- Wir brauchen ein eigenes europäisches Nuklearwaffenprogramm aus denselben Gründen.
- Und wir wollen schnelle und konkrete Schritte hin zu einer echten europäischen Armee gehen.

Darüber hinaus brauchen wir auch die **Gründung einer militärischen Forschungsagentur nach dem Vorbild der amerikanischen DARPA.**

- In den USA können wir sehen, wie viele Innovationen und wie auch eine schlagkräftige Rüstungsindustrie aus dieser Zusammenarbeit von Industrie und Forschung gelingen kann.
- Wir setzen uns ein für eine flächendeckende Abschaffung von sogenannten Zivilklauseln, die militärische nutzbare Forschungsvorhaben an Universitäten und Forschungsinstitutionen pauschal beschränken. Dabei geht es nicht nur darum, der neuen Situation, dem Systemwettbewerb, der auch mit konventionellen Kriegsmitteln geführt wird, Rechnung zu tragen, sondern es geht auch um die Forschungsfreiheit der einzelnen Wissenschaftler. Denn diese Forschungsfreiheit wird an den Unis durch die Zivilklausel eingeschränkt.
  - Denn es ist zum Beispiel der akademische Senat einer Universität, der dann einzelnen Forschern verbietet, Forschungsprojekte, für die sie selber bereit sind, ethisch gerade zu stehen, durchzuführen. Auch das ist ein schwerer Eingriff in die Wissenschafts- und Forschungsfreiheit und deswegen wollen wir die Zivilklauseln abschaffen.

### **Wir machen uns stark für die Einführung einer Kontingentmusterung.**

- Das bedeutet, alle Deutschen erhalten bei Erreichen ihrer Volljährigkeit eine Online-Abfrage der Bundeswehr zu ihrer Wehrfähigkeit und Wehrbereitschaft.
- Diese Fragen müssen dann auch wahrheitsgemäß beantwortet werden und die Besten werden zu einer Pflichtmusterung eingeladen.
- Dabei verpflichtet aber weder die Beantwortung der Fragen noch die Musterung selbst zum Wehrdienst, sondern es geht allein um die Feststellung, wer kann in einem Verteidigungsfall dienen und in welcher Rolle.
- Diese Kontingentmusterung wollen wir einführen und auch bei den Jahrgängen ohne Wehrpflicht nachholen.

### **Der Wehrdienst selber, der bleibt aber freiwillig.**

- Auch das Grundgesetz wollen wir anpassen, so dass für alle Geschlechter dieselben Rechte und Pflichten im Verteidigungsfall gelten und auch Frauen für den Wehrdienst mit einbezogen können.
- Auch die Reserve der Bundeswehr wollen wir stärken, denn im Verteidigungsfall brauchen wir viele Bürgerinnen und Bürger, die Verantwortung für dieses Land übernehmen.
  - Und deshalb wollen wir die Reserveausbildung stärker modularisieren und die Kapazitäten ausbauen, um mehr Menschen für die Reserve zu gewinnen

### **Stärkung unserer Rüstungsindustrie**

- Dazu muss zum Beispiel die Bundeswehr langfristige Abnahmegarantien vereinbaren und auch die Industrie muss beim Bau von neuen Fabriken und Standorten unterstützt werden
- zum Beispiel durch die Befreiung von Bürokratie oder auch durch die Aufnahme von der Rüstungsindustrie in der EU-Sozialtaxonomie, damit sie auf dem Kapitalmarkt nicht benachteiligt wird. Denn was wir im Moment erleben, ist, dass viele europäische Hersteller Schwierigkeiten haben, ihre Produktionskapazitäten schnell genug auszubauen. Und das liegt eben daran, dass man nicht vorbereitet ist.

- Auf den Fall einer sehr zügigen und schnellen Kapazitätsaufstockung, nicht zuletzt, weil dafür bisher eben auch die finanziellen Anreize und Verträge gefehlt haben, da müssen wir besser werden.
- Rüstungsexporte wiederum, an NATO gleichgestellte Staaten wollen wir vereinfachen. Wen meinen wir damit?
  - Ganz konkret. Zum Beispiel Staaten wie Israel, Taiwan oder auch die Ukraine selbst. Hier wünschen wir uns eine Genehmigungsfiktion.
  - Das heißt, dass nicht jeder Rüstungsexport noch einmal durch das Bundeskanzleramt genehmigt werden muss, sondern eben so wie bei NATO Staaten auch einfach vereinbart werden kann.

### **Eine beispiellose Unterstützung der Ukraine.**

- Wir werden die Ukraine weiterhin mit humanitärer, finanzieller und wirtschaftlicher Hilfe und vor allem auch mit Waffen unterstützen, so lange wie nötig.
- Dazu wollen wir auch das eingefrorene Vermögen der russischen Zentralbank nutzen.
  - Es ist nämlich so, dass man die sogenannten Winefall Profits, das sind die Renditen, die auf dieses eingefrorene Vermögen anfallen, dass man die nutzen kann und auch veräußern darf, um damit eben zum Beispiel Waffenlieferungen an die Ukraine zu finanzieren.
  - Uns muss eins klar sein, die Verteidigung der Ukraine darf nicht am Geld scheitern, denn ein russischer Sieg würde in jedem Fall teurer werden.
- Studien zufolge könnte ein russischer Sieg Deutschland jährlich bis ein bis zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts kosten. Das liegt ganz erheblich über den derzeitigen Ausgaben für die militärische Unterstützung an die Ukraine und bedroht zudem natürlich langfristig die Friedens- und Sicherheitsordnung in Europa.
- Deswegen lehnen wir auch **Einschränkungen hinsichtlich der Art oder des Einsatzes von Waffenlieferungen an die Ukraine ab**
  - denn die Ukraine muss in die Lage versetzt werden, sich gegen militärische Angriffe von russischem Staatsgebiet aus zur Wehr setzen zu können.
  - Für uns heißt das ganz klar, wir wollen den Marschflugkörper Taurus, den die Ukraine so dringend benötigt, auch liefern.
  - Die Ausbildung ukrainischer Streitkräfte wollen wir intensivieren.

### **Die Sanktionen gegen Russland wollen wir ausweiten.**

- Für uns kommt eine Aufhebung nicht in Frage, bis Russland alle völkerrechtlichen Pflichten erfüllt. Unser Ziel ist und bleibt die vollständige Wiederherstellung der territorialen Integrität der Ukraine. Dazu gehört auch die Krim.
- Und wir wollen den Beitritt zur EU und in die NATO. Das sind unsere Ziele und deswegen stehen wir beispiellos an der Seite der Ukraine.

### **Das Existenz- und Selbstverteidigungsrecht Israels.**

- Wir wollen Rüstungsexporte an Israel mit denen an NATO-Partner gleichstellen.
- Und wir wollen finanzielle Leistungen an Terroristen und Terror-Sympathisanten im In- wie im Ausland, insbesondere aber an die palästinensische Autonomiebehörde vollständig einstellen.

- Sei es von Deutschland aus oder von der Europäischen Union aus. Wir fordern auch die Auflösung der UNRWA, denn Mitarbeiter von ihnen waren am Angriff des 7. Oktober 2023 auf Israel beteiligt.
  - Die UNRWA wird immer wieder auch schon in den vergangenen Jahren mit terroristischen Aktivitäten in Verbindung gebracht. Und auch öffentliche Berichte haben gezeigt, dass die Lehrpläne und Schulbücher in den UNRWA-Schulen antisemitische Inhalte enthalten, Gewalt glorifizieren und den Jihad verharmlosen. Deswegen wollen wir der UNRWA die finanziellen Mittel entziehen und sie nicht zuletzt auch auflösen.
- Darüber hinaus fordern wir nach dem Vorbild der globalen Sanktionsregelung der Europäischen Union **ein globales Sanktionsregime gegen die Feinde Israels**.
  - Insbesondere bedeutet das für uns die gesamte EU soll die Hisbollah und die Iranischen Revolutionsgarden als Terrororganisation einstufen. Das heißt insbesondere, dass wir die Aufnahme dieser zwei Organisationen in die EU-Terrorliste fordern.
  - Denn eine Aufnahme in diese Liste führt zu verschiedenen Maßnahmen wie z.B. dass finanzielle Vermögenswerte innerhalb der EU eingefroren werden und auch dass Personen und Organisationen in der EU es nicht mehr erlaubt ist, diesen gelisteten Akteuren finanziell oder anderweitig Unterstützung zukommen zu lassen.

#### **Wir stehen solidarisch an der Seite von Taiwan.**

- Im Einvernehmen mit der Regierung Taiwans wollen wir diplomatische Beziehungen zu Taiwan aufnehmen und ein Freihandels- und Investitionsabkommen zwischen Taiwan und der EU abschließen.
- Für uns ist klar, Taiwan ist kein Teil Chinas, ein unabhängiger demokratischer Staat.
- Gemeinsam mit unseren Partnern wollen wir diplomatische, wirtschaftliche und auch notfalls militärische Maßnahmen vorbereiten. Und im Ernstfall auch umsetzen, sollte die Volksrepublik China die Unabhängigkeit Taiwans einschränken oder zum Beispiel Taiwan angreifen.
- Auch hier geht es wieder um eine globale Friedens- und Sicherheitsordnung. Wenn Autokraten damit durchkommen, andere Länder sich einzuverleiben, dann werden sie auch in der Zukunft davor keinen Halt machen. Das bedroht nicht zuletzt auch Europa und die freie Welt.

#### **Wir machen uns stark gegen den Ausverkauf kritischer Infrastruktur an Systemrivalen.**

- Wir wollen Investitionen untersagen können, wenn sie die Sicherheit Deutschlands oder der EU gefährden oder kritische Infrastruktur dem Einfluss von autokratischen Staaten oder Systemrivalen ausgesetzt wird.
- Dazu braucht es eine Reform des deutschen Außenwirtschaftsrecht und eine Schärfung der EU-Investitionskontrolle.
- Auch die Erfassung und den Abbau wirtschaftlicher Risiken durch ein Outbound-Investment-Screening wollen wir umsetzen. Denn wir haben zu Beginn des Russischen Angriffskriegs gesehen, zu welchen geopolitischen und finanziellen Risiken solche Abhängigkeiten führen können.
  - Im Rahmen des Russischen Angriffskriegs und der damit verbundenen Sanktionen kam es auch zu der sogenannten Gaskrise in Deutschland. Durch

die Engpässe in der Gasversorgung entstanden für viele Haushalte Kosten in Höhe von mehreren Hundert Euro.

- Es kam in der deutschen Industrie zu Produktionskürzungen und auch zu Kurzarbeit. Und diese Risiken sollten wir uns nicht von Autokraten einfach aufböhnen lassen. Für bereits eingesetzte Infrastruktur, die solchen Kriterien entspricht, ist es entsprechend auch wichtig, dass wir einen sogenannten Fade-out machen.
- Das heißt, dass wir aus dieser Infrastruktur aussteigen. Das betrifft zum Beispiel auch chinesische Komponenten in der digitalen Infrastruktur.

Wir wollen **deutsche Auslandsschulen und Goethe-Institute langfristig finanziell als auch institutionell sichern und unterstützen.**

- Denn ihr globales Netzwerk ist entscheidend, um die deutsche Sprache, Kultur und Bildung zu fördern.
- Nicht zuletzt macht ihre Vertretung im Ausland, Deutschland auch als modernes Einwanderungsland attraktiv. Deshalb wollen wir diese Form der auswärtigen Kulturpolitik stärken.